

"Wenn wir Freiheit möchten, [...]"

Autor(en): **Wiederstein, Michael**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **97 (2017)**

Heft 1051

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-736593>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

INTRO

«Wenn wir Freiheit möchten, dann sind soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten ein legitimer und notwendiger Preis, den wir dafür zu zahlen haben.»

Lord Ralf Dahrendorf



CHEFREDAKTOR
MICHAEL
WIEDERSTEIN

«Zeit für mehr Gerechtigkeit!» rief die SPD – und erzielte dann das schlechteste Wahlergebnis ihrer Nachkriegsgeschichte. Das war im September, es war in Deutschland. Aber dieselben Töne hören wir in der zeitgenössischen Politik täglich. Meist von links, daran haben wir uns gewöhnt, neuerlich allerdings auch wieder aus der sogenannten Mitte oder von dezidiert Konservativen, hier bloss «volkssolidarisch» umformuliert. «Zeit also vielmehr für eine Bestandsaufnahme des Gerechtigkeitsbegriffs!», haben wir uns in der Redaktion gedacht. Unbestreitbar ist: die linke Floskel aus dem Bundeswahlkampf zielt auf den moralischen Kern

jedes anständigen Individuums, auf jede mündige Bürgerin, jeden selbstbestimmten Bürger. Die Anerkennung des Prinzips Gerechtigkeit und seine anschliessende Ausformulierung in Recht und Gesetz waren und sind zivilisatorische Meilensteine. Wer wollte oder will schon in dezidiert ungerechten Verhältnissen leben oder gar für den Erhalt von Ungerechtigkeiten eintreten? Eben.

Wir auch nicht. Wir wollen vielmehr der intellektuellen Entrümpelung des politisch strapazierten Gerechtigkeitsbegriffs Vorschub leisten. Welchen «Gerechtigkeitsansprüchen» wir nämlich heute genügen sollen, ist unüberschaubar, im munteren Miteinander der zwischenmenschlichen Umsetzung gar richtig anstrengend geworden: Wir sollen artgerecht halten, geschlechtergerecht handeln, altersgerecht bauen, leistungsgerecht entlohnen, chancengerecht lehren, sozial gerecht unterstützen und vieles mehr. Das Label «gerecht» darf im aktuellen politischen Diskurs nicht nur nirgends fehlen, es muss auch für so ziemlich jedes Politikfeld als Heiligensprechung erhalten, das unter irgendeiner Form von öffentlichem Rechtfertigungsdruck steht. Ebenfalls ablesbar ist, dass der Begriff nicht selten synonym mit «Gleichheit» gebraucht wird, was Tür und Tor öffnet für immer neue, nie endende politische Verteilungskämpfe – und nicht zuletzt sogar für neue Ungerechtigkeiten.

Wir haben es also bei der Verwendung des Wortes «Gerechtigkeit» im politischen Diskurs nicht nur mit einem Problem der Abnutzung zu tun, sondern auch mit einer inhaltlichen Aushöhlung. Wenn beides zusammenkommt, wie etwa beim zentralen Wahlkampfversprechen der deutschen SPD, ist es kaum verwunderlich, dass die Anerkennung hehrer Ziele bei vielen Mitbürgern einem genervten Kopfschütteln weicht. Ob das dem Prinzip Gerechtigkeit angemessen ist, darf mit guten Gründen bezweifelt werden – weshalb der Schwerpunkt dieser Ausgabe mit drei Missverständnissen aufzuräumen sucht, die auch jenseits der Parteipolitik grosse Relevanz haben. Der Stanford-Historiker Walter Scheidel erläutert, dass das angesichts eines grossen weltweiten Wohlstandsgefälles populäre Ziel der politischen Linken – die materielle Gleichheit; gern verkauft als «soziale Gerechtigkeit» – in der Menschheitsgeschichte bereits vielfach existiert hat, allerdings stets durch Not und Elend begründet wurde. Mehr über die «vier apokalyptischen Reiter der Nivellierung» ab S. 12. Der Kognitionswissenschaftler Mark Sheskin von der Universität Yale hat derweil untersucht, ob es Menschen wichtiger ist, dass etwas «fair», «gerecht» oder «gleich» verteilt wird. Ein echter Augenöffner: ab S. 18. Und die Politikwissenschaftlerin Dagmar Schulze Heuling hat sich angesichts erstarkender populistischer Bewegungen, die sich «freiheitlich» schimpfen, gefragt, wieso aktuell selbst Donald Trump von «unfairem Handel» spricht und Beifall dafür erhält. Sie legt dar, warum «die neue Rechte» sich im Hinblick auf ihr Gerechtigkeitsverständnis kaum von den linken Genossen unterscheidet (S. 23).

Ich wünsche anregende Lektüre! ◀